

# Repräsentative Umfrage zum Weltkindertag am 20. September 2020

## Große Mehrheit für Kinderrechte im Grundgesetz – Kinderinteressen in der Corona-Krise nur unzureichend berücksichtigt

Für die repräsentative Umfrage zum Weltkindertag 2020 wurden vom Politik- und Sozialforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes deutschlandweit 1.015 deutschsprachige Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die Erhebung wurde mithilfe des Online-Panels forsa.omninet durchgeführt.

**Abbildung 1: Methodensteckbrief**

	Repräsentative Befragung zum Weltkindertag 2020
Datenbasis	1.015 Befragte
Erhebungszeitraum	26. bis 30. August 2020
Methode	forsa.omninet
Statistische Fehlertoleranz	+/- 3 Prozentpunkte
Grundgesamtheit	Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Durchführendes Institut	forsa Politik und Sozialforschung GmbH

forsa. Umfrage zum Weltkindertag 2020 

Der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 26. bis zum 30. August 2020. Die statistische Fehlertoleranz liegt bei +/- drei Prozentpunkten.

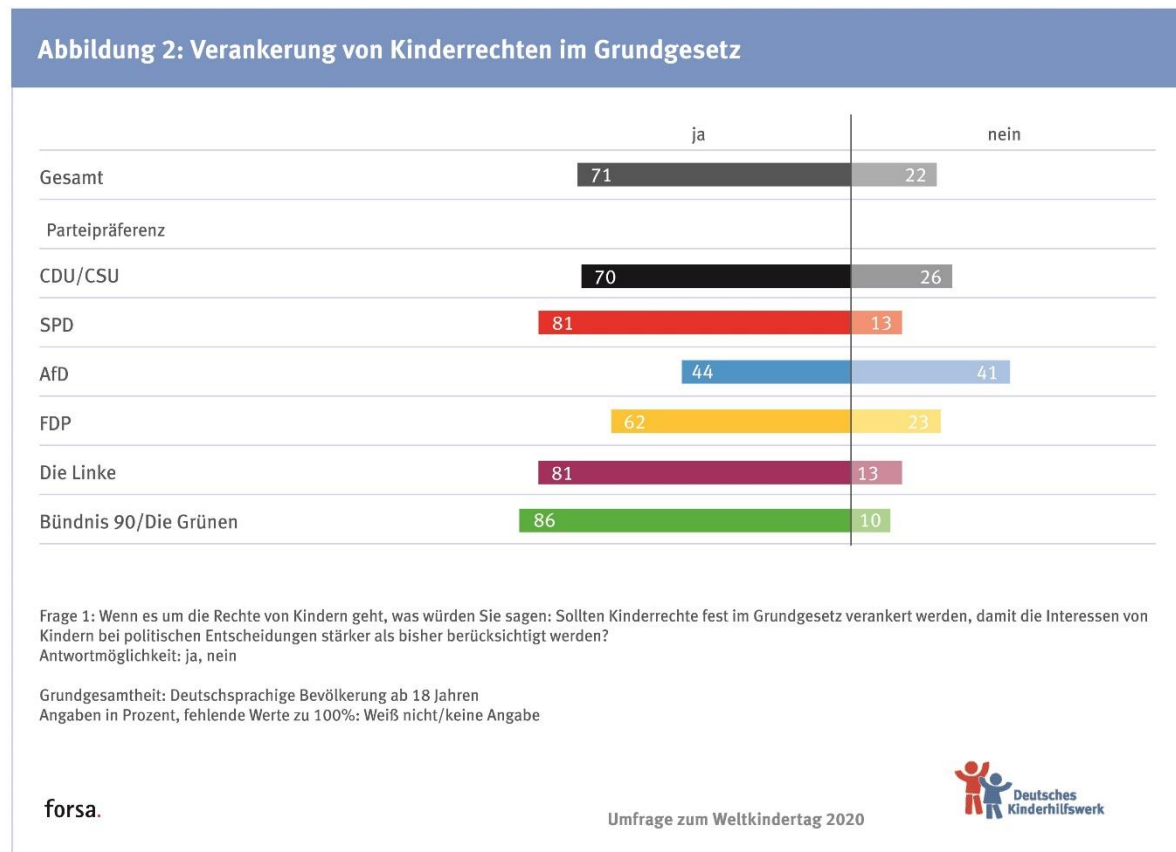
Forsa.omninet rekrutiert als einziges Panel in Deutschland ausschließlich offline durch eine telefonische Mehrthemenumfrage sowohl über Festnetz als auch über Mobilfunk, sodass jeder Haushalt in Deutschland die gleiche statistische Chance hat, am Panel teilzunehmen. Damit lassen sich die Ergebnisse der Befragung auf die gesamte Bevölkerung in Deutschland beziehen.

## 1. KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ

Eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (71 Prozent) ist der Meinung, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollten, damit die Interessen von Kindern bei politischen Entscheidungen stärker als bisher berücksichtigt werden.

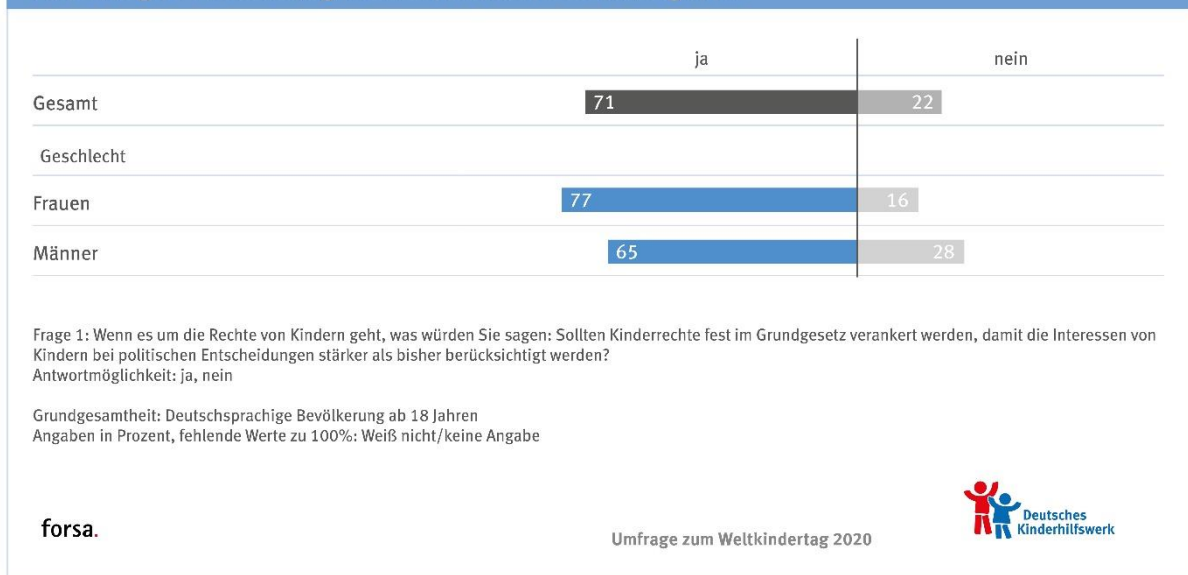
Frauen (77 Prozent) meinen häufiger als Männer (65 Prozent) und Befragte unter 45 Jahren (75 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 77 Prozent der 30- bis 44-Jährigen) häufiger als ältere Befragte (66 Prozent der 45- bis 59-Jährigen und 69 Prozent der über 60-Jährigen), dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollten.

Auch Befragte mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen (74 Prozent) meinen häufiger als Befragte mit geringem Einkommen (65 Prozent) oder mittlerem Einkommen (70 Prozent), dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollten, damit die Interessen von Kindern bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.



Bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen (86 Prozent), Linken und der SPD (jeweils 81 Prozent) ist die Zustimmung für eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz wesentlich höher als im Lager anderer Parteien (CDU/CSU 70 Prozent, FDP 62 Prozent). Insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der AfD (44 Prozent) meinen deutlich seltener als der Durchschnitt, dass die Rechte von Kindern ins Grundgesetz gehören. Ob im Haushalt Kinder leben oder nicht, hat kaum einen Einfluss auf diese Frage.

Abbildung 3: Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz

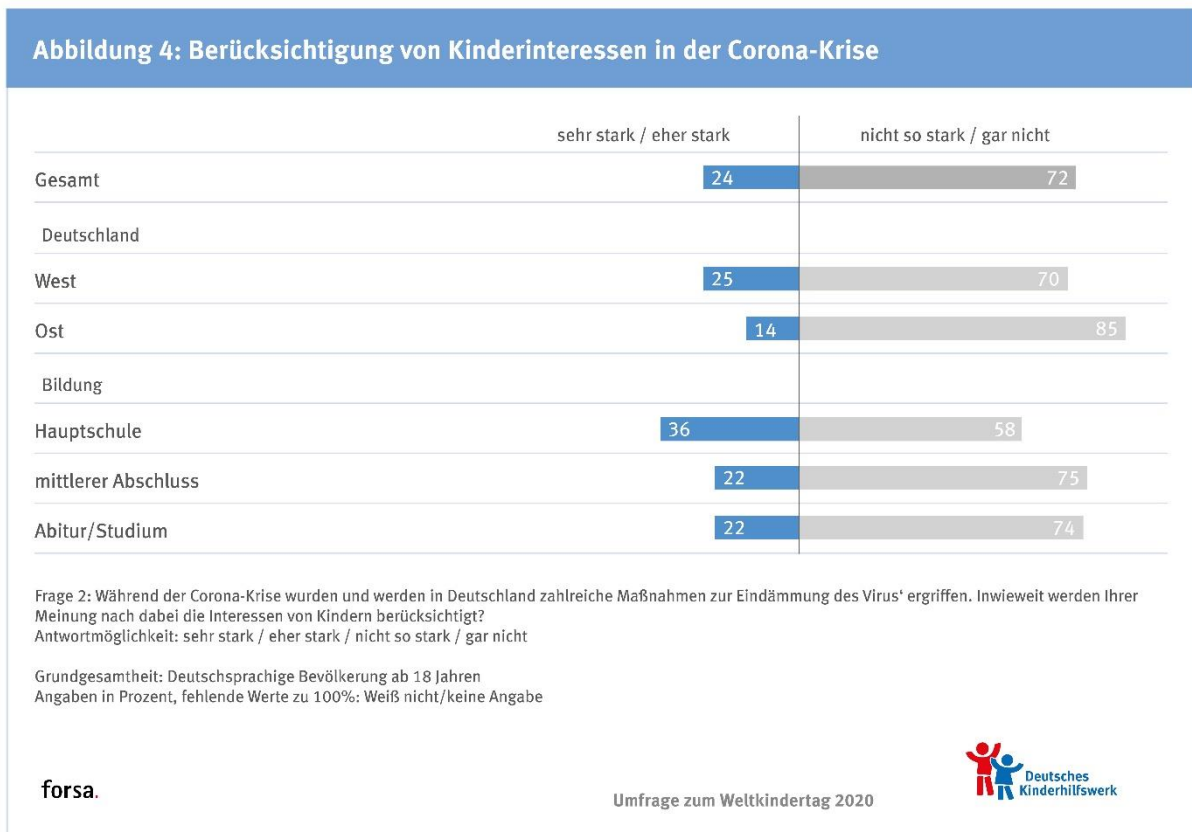


Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Die Umfrage zeigt deutlich, dass die Bevölkerung in Deutschland hinter unserer Forderung steht, endlich Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dazu sollte zügig ein Gesetzentwurf im Bundeskabinett verabschiedet werden und im weiteren Gesetzgebungsverfahren eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft stattfinden, damit neben politischen Erwägungen auch die in den letzten Jahren erarbeiteten fachlichen Standards zu einer umfassenden Absicherung von Kinderrechten angemessene Berücksichtigung finden. Gerade die Verankerung des Kindeswohlvorrangs im Grundgesetz ist unabdingbar, damit beispielsweise Behörden und Gerichte den Interessen von Kindern in Zukunft bei der Rechtsdurchsetzung hinreichend Gewicht verleihen. Das bedeutet, dass die Interessen von Kindern bei allen sie betreffenden Entscheidungen mit besonderem Gewicht in die Abwägung einbezogen werden müssen. Zudem bestünde in diesem Fall eine besondere Begründungspflicht, wenn ausnahmsweise andere Rechtsgüter von Verfassungsrang dem Kindeswohl vorgehen.“

## 2. KINDERINTERESSEN IN DER CORONA-KRISE

72 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Interessen von Kindern im Rahmen der während der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen nicht so stark (58 Prozent) oder sogar gar nicht (14 Prozent) berücksichtigt wurden und werden.

Befragte aus Ostdeutschland (85 Prozent) meinen noch häufiger als westdeutsche Befragte (70 Prozent), dass die Interessen von Kindern in der Pandemie bislang nicht so stark bzw. gar nicht berücksichtigt wurden und werden.



Etwa ein Viertel (24 Prozent) meint, dass die Interessen von Kindern seit Beginn der Corona-Krise eher starke (21 Prozent) oder sogar sehr starke (3 Prozent) Berücksichtigung finden. Befragte unter 30 Jahren (34 Prozent), Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU (37 Prozent) und Befragte mit einer formal niedrigen Bildung (36 Prozent) glauben häufiger als der Durchschnitt der Befragten, dass die Interessen von Kindern bei den ergriffenen Maßnahmen Berücksichtigung finden.

Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Wir sehen an vielen Stellen, dass sich Politik und Verwaltungen bemühen, in der Corona-Pandemie den Kinderinteressen gerecht zu werden. Zugleich erleben wir aber auch eine grundlegende Geringschätzung gegenüber den Bedürfnissen von Kindern. Sie sind oftmals einfach nur Regelungsgegenstand von Politik. Hier zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Wenn es um Entscheidungen mit Tragweite geht, werden die Interessen und die Meinungen der Kinder und Jugendlichen nicht berücksichtigt. Ihr Beteiligungsrecht an den politischen Entscheidungen wird derzeit vielfach schlichtweg übergangen.“

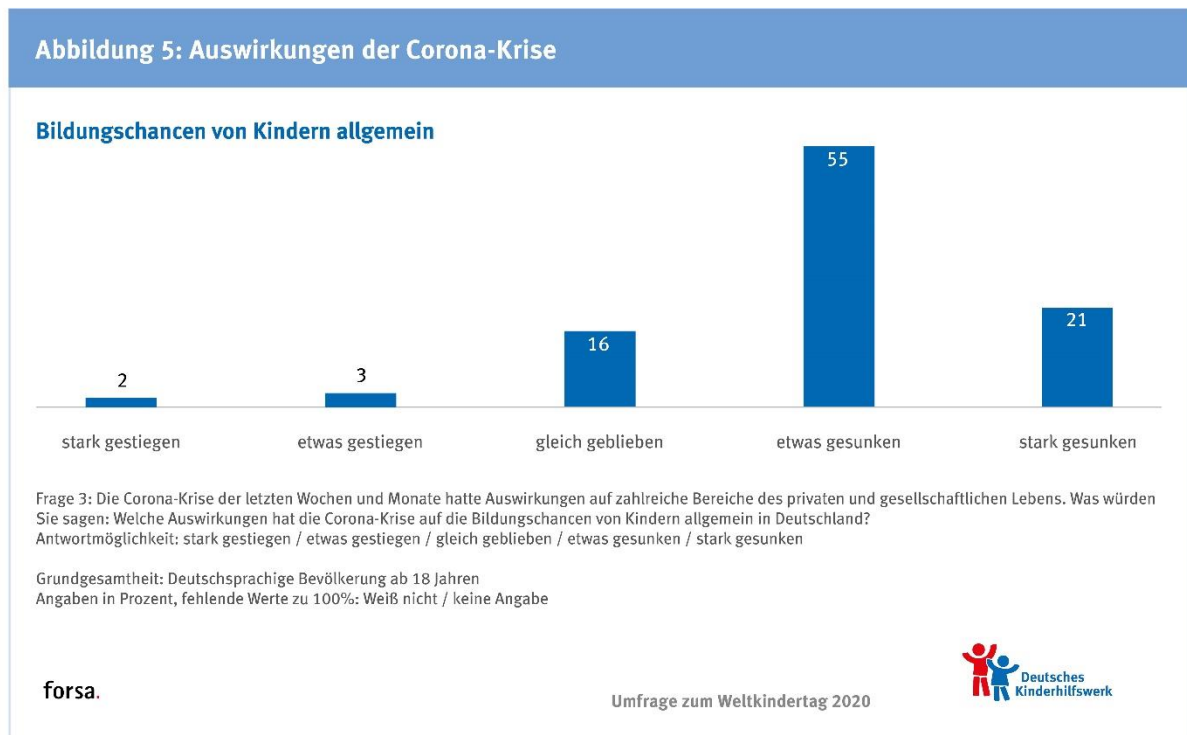
### 3. AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE AUF KINDER

#### Bildungschancen von Kindern allgemein

In Bezug auf die Bildungschancen von Kindern ist eine Mehrheit der Befragten (76 Prozent) der Ansicht, dass diese aufgrund der Corona-Krise im Allgemeinen etwas (55 Prozent) bzw. sogar stark (21 Prozent) gesunken sind. 16 Prozent denken, dass die allgemeinen Bildungschancen in etwa gleich geblieben sind. Dass diese gestiegen sind, glauben nur sehr wenige Befragte (5 Prozent).

Frauen meinen tendenziell häufiger als Männer (79 zu 74 Prozent) und 18- bis 29-Jährige Befragte deutlich häufiger als über 60-Jährige, dass die Bildungschancen der Kinder im Allgemeinen während der Corona-Krise gesunken sind (86 zu 71 Prozent).

Das meinen auch die Befragten mit höherem Bildungsabschluss (80 Prozent) stärker als diejenigen mit mittlerem (73 Prozent) oder formal geringem Bildungsabschluss (72 Prozent).

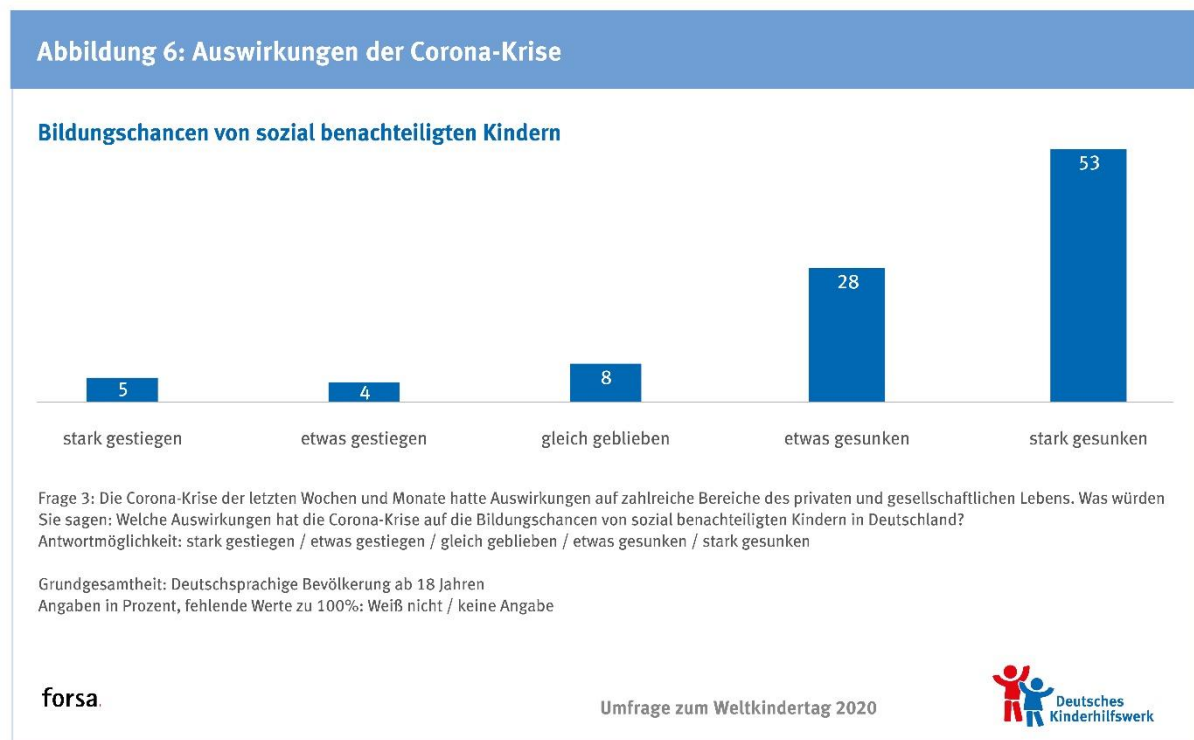


Deutliche Unterschiede gibt es auch entlang der Parteipräferenzen. Dass die Bildungschancen von Kindern in der Corona-Krise im Allgemeinen gesunken sind, meinen vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Linken (84 Prozent), der Grünen (82 Prozent), der AfD (81 Prozent) und der FDP (78 Prozent). Im Lager der CDU/CSU (71 Prozent) und vor allem der SPD (65 Prozent) ist das deutlich weniger der Fall.

## Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern

In Bezug auf die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern meinen sogar 81 Prozent, dass diese etwas (28 Prozent) bzw. stark (53 Prozent) gesunken sind. Für 8 Prozent sind sie gleich geblieben und für 9 Prozent gestiegen.

Frauen meinen tendenziell häufiger als Männer (82 zu 78 Prozent) und 18- bis 29-Jährige Befragte deutlich häufiger als über 60-Jährige, dass die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern während der Corona-Krise gesunken sind (93 zu 71 Prozent). Und insbesondere Befragte mit Kindern im Haushalt glauben, dass die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern gesunken sind (89 Prozent). Das meinen auch die Befragten mit höherem Bildungsabschluss (83 Prozent) stärker als diejenigen mit mittlerem (77 Prozent) oder formal geringem Bildungsabschluss (72 Prozent).



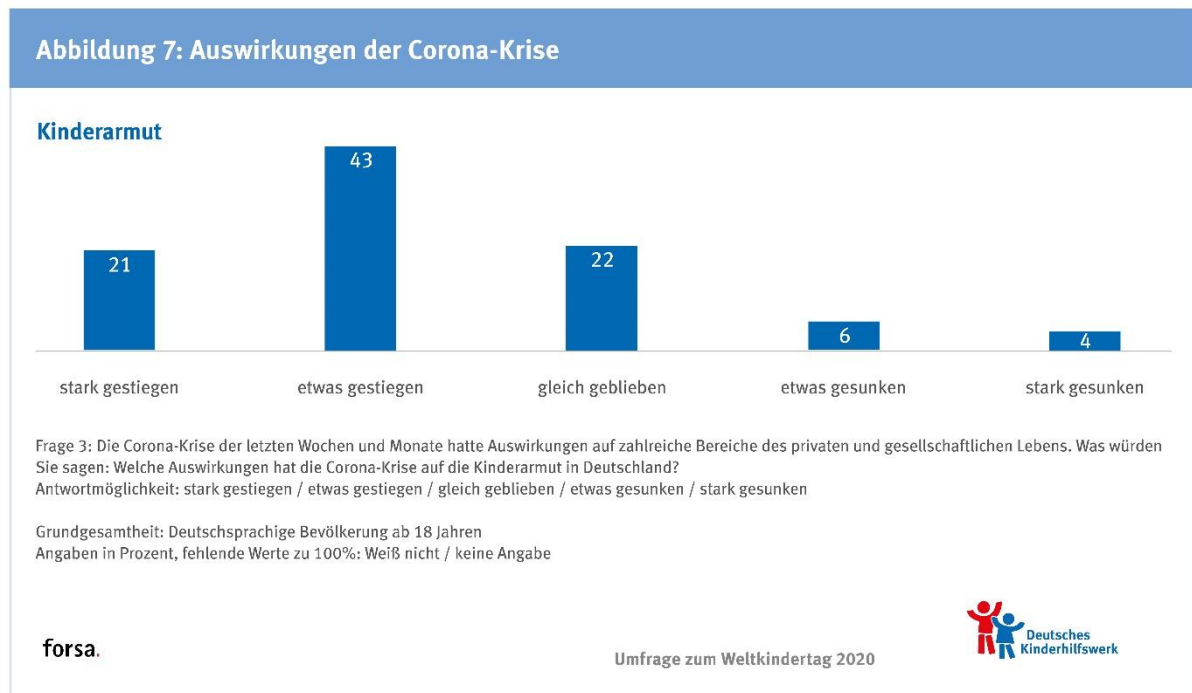
Deutliche Unterschiede gibt es in dieser Frage auch entlang der Parteipräferenzen. Dass die Bildungschancen von sozial benachteiligten Kindern in der Corona-Krise gesunken sind, meinen vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Linken (88 Prozent), der Grünen (87 Prozent), der FDP (83 Prozent) und der CDU/CSU (80 Prozent). Im Lager der AfD (70 Prozent) und der SPD (69 Prozent) ist das deutlich weniger der Fall.

Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Insbesondere Kinder mit besonderen Förderbedarfen dürfen jetzt nach Öffnung der Schulen nicht aus dem Blick verloren werden. Das betrifft etwa Kinder aus armen Familien, die oftmals nicht über die technische Ausstattung oder andere Lernunterstützungsmöglichkeiten verfügen. Nachholbedarfe müssen genau beobachtet und passgenaue, stigmatisierungsfreie Angebote zur Lernunterstützung gemacht werden. Dafür brauchen wir einen Sonderfonds für Kommunen, der Bildungsbegleitung für Kinder, die diese brauchen, finanziert. Die ohnehin schon ungleich verteilten Bildungschancen erst in den Blick zu nehmen, wenn die Krise ausgestanden ist, riskiert Kinder wissentlich abzuhängen. Zudem sollten weitere längerfristige Schulschließungen unter allen Umständen vermieden werden.“

## Kinderarmut

Beim Thema Kinderarmut sind etwa zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) der Ansicht, dass diese während der Corona-Krise bislang etwas (43 Prozent) bzw. sogar stark (21 Prozent) gestiegen ist. Für jeden Fünften (22 Prozent) verharret die Kinderarmut auf dem Niveau wie vor der Pandemie. Dass die Kinderarmut während der Corona-Krise gesunken ist, denkt jeder zehnte Befragte (10 Prozent).

Frauen gehen häufiger als Männer davon aus (67 zu 61 Prozent), dass während der Corona-Krise die Kinderarmut gestiegen ist.



Unterschiede gibt es bei der Frage der Kinderarmut auch wieder entlang der Parteipräferenzen. Dass die Kinderarmut in der Corona-Krise gestiegen ist, meinen vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Linken (73 Prozent) sowie die von Grünen und AfD (jeweils 69 Prozent). Im Lager von SPD (63 Prozent), der Unionsparteien (60 Prozent) und vor allem der FDP (55 Prozent) ist das weniger der Fall.

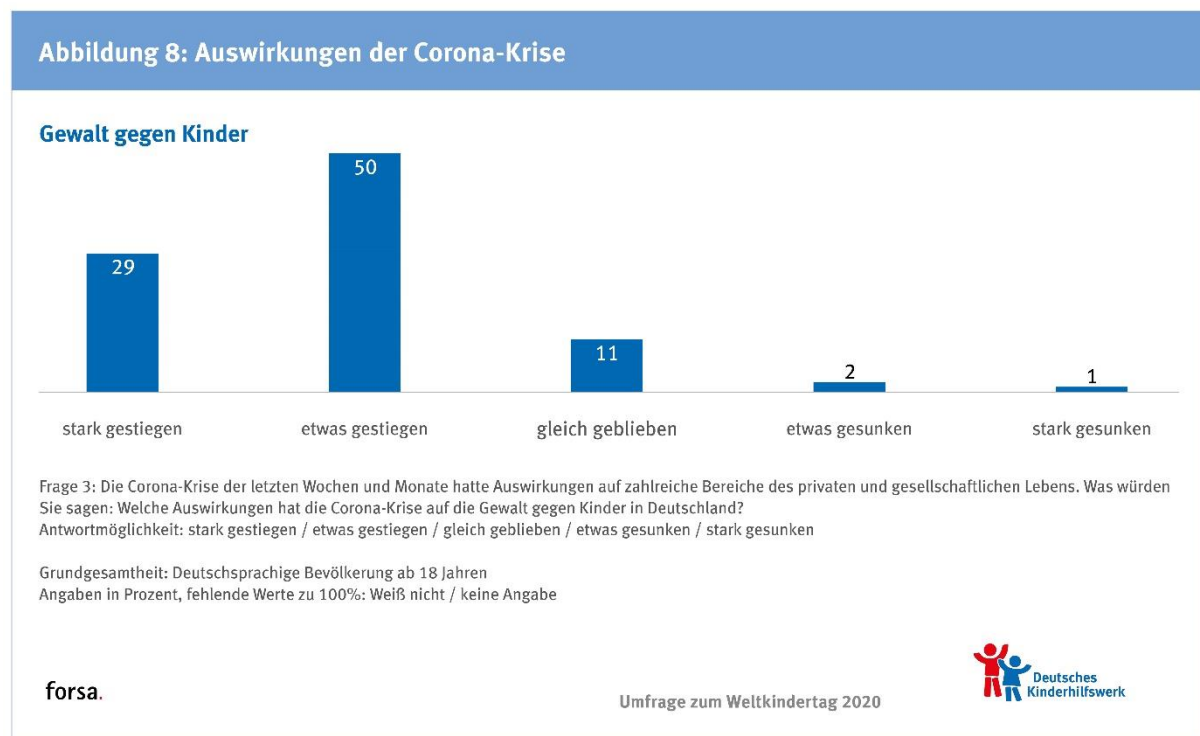
Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Angesichts der Folgen der Corona-Krise ist damit zu rechnen, dass die Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Familien weiter ansteigen wird. Es ist deshalb an der Zeit, die Bekämpfung der Kinderarmut strukturell und umfassend über eine Gesamtstrategie anzugehen. Dazu gehört einerseits die materielle Absicherung von Kindern und ihren Familien in den Blick zu nehmen, andererseits aber auch ihre Versorgung in den Bereichen Mobilität, Freizeit und soziale Teilhabe. Mittelfristig kann die Lösung nur sein, die gesellschaftliche Teilhabe jedes Kindes eigenständig und unabhängig von der Hartz-IV-Gesetzgebung abzusichern. Das Deutsche Kinderhilfswerk tritt daher für die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung ein, die den Familienlastenausgleich ablöst, bestehende kindbezogene Leistungen bündelt und das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familie, der Familienform und dem bisherigen Unterstützungssystem bedarfsgerecht gewährleistet.“

## Gewalt gegen Kinder

Am eindeutigsten sind die Aussagen zum Thema Gewalt gegen Kinder: Etwa acht von zehn Befragten (79 Prozent) sind überzeugt, dass im Rahmen der Corona-Pandemie Gewalt gegen Kinder etwas (50 Prozent) bzw. stark (29 Prozent) gestiegen ist. Etwa jeder Zehnte (11 Prozent) meint, sie sei gleich geblieben. Dass Gewalt gegen Kinder in der Pandemie gesunken sei, meint fast keiner der Befragten (3 Prozent).

Frauen gehen häufiger als Männer davon aus, dass während der Corona-Krise die Gewalt gegen Kinder gestiegen ist (83 zu 75 Prozent).

Insbesondere die Gruppe der Befragten zwischen 30 und 44 Jahren meint, dass die Gewalt gegen Kinder während der Pandemie gestiegen ist (88 Prozent).



Diese Einschätzung deckt sich mit der Gruppe der Befragten, die Kinder im Haushalt haben: Diese denken häufiger als Befragte ohne Kinder, dass die Gewalt gegen Kinder in der Krise zugenommen hat (86 zu 77 Prozent).

Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Auch das Deutsche Kinderhilfswerk geht wie die Befragten davon aus, dass aufgrund der erhöhten Konflikt- und Stresssituationen in den Familien die Gewalt gegen Kinder in der Corona-Krise zugenommen hat, aufgrund fehlender Kontrollinstanzen wie Erziehern und Lehrerinnen, oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe die ohnehin schon hohe Dunkelziffer weiter gestiegen ist. Die letzten Monate haben gezeigt wie wichtig Zugangswege für Kinder zu Hilfsangeboten sind. Deshalb müssen Angebote von Telefon-Hotlines und digitale Hilfeplattformen weiter gestärkt werden.“